Saskatchewan Courier

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.

Redaktion und Expedition: Hamilton Str., Regina, Sask. P. O. Box 505. - Telephon 657.

Abonnementspreis:

In Canada	$1.00
In den Ver. Staaten	$1.50
In Europa	$2.00

Korrespondenzen, Mitteilungen, Anzeigen und Aenderungen stehender Anzeigen müssen spätestens bis Sonnabend Mittag eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Adressenänderungen von Lesern sollten uns sofort mitgeteilt werden, desgleichen sind die Abonnenten gebeten, die Expedition sofort zu benachrichtigen, falls ihr Blatt ausbleibt oder Verzögerungen in der Zustellung vorkommt, damit dieselbe darüber bei der Post Erkundigungen einziehen und Abhilfe schaffen kann.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen finden jederzeit gerne Aufnahme. Ständige Korrespondenten überall gesucht.

Ausland.

Deutschland.

Die Ereignisse in Frankfurt a. M., welche sich nach den Protestmassenversammlungen gegen das preußische Wahlrecht ereigneten, sind nach den jetzt eingetroffenen ausführlichen Berichten äußerst schwerer Natur gewesen. Als der Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Sicherheitsmannschaften erfolgte, wurden die Schutzleute mit Stöcken, Steinen, Flaschen, Pfeffer, Dolchen und Revolvern angegriffen. Die Schutzleute machten danach von Säbeln und Schußwaffen rücksichtslos Gebrauch.

Zahlreiche Passanten, unter ihnen mehrere Frauen, wurden bei den blutigen Krawallen ebenfalls verletzt. Ueber zwanzig Schutzleute und fünfzig Zivilpersonen wurden in den Rettungsstationen verbunden.

Ein Passant erhielt einen Lungenschuß, der sich als tötlich erweisen wird. Zweifellos sind hunderte von Verletzten gar nicht gemeldet worden. Die Protestversammlungen in Frankfurt, welche von den Sozialdemokraten einberufen worden waren, hatten einen ruhigen Verlauf genommen. Die Leiter hatten, als die Versammlungen für beendet erklärt wurden, ausdrücklich zur Ruhe ermahnt.

Die Urheber der Krawalle bestanden aus Gesindel, aus dem in Frankfurt a. M. ziemlich starken Janhagel, der politisch gänzlich uninteressiert ist. Nach den letzten Meldungen aus Frankfurt werden weitere Störungen der Ruhe befürchtet.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Nacht viel mehr Opfer forderte, als zuerst vermutet worden war. Viele der Verwundeten blieben den Hospitälern fern und lassen sich von Privatärzten behandeln, um jeden möglichen gerichtlichen Folgen zu entgehen. Die Zahl der Verwundeten wird jetzt auf 200 bis 300 angegeben. Zwanzig Polizisten befinden sich unter den Verletzten.

— Die Blätter beschäftigen sich mit der Art und Weise, in welcher der „philosophische" Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg in der Reichstags-Sitzung die sozialdemokratische Interpellation über seine Aeußerungen betreffs des Reichstags-Wahlrechts beantwortet hat.

Die rechtsseitigen Blätter sind einverstanden mit den Ausführungen des Kanzlers und seiner Erklärung, er habe das Reichstags-Wahlrecht nicht herabgesetzt, beanspruche aber das Recht der sachlichen Kritik über das allgemeine Wahlrecht in gleicher Weise, wie es die Sozialdemokratie beanspruche. Die Zustimmung zu der Reichskanzler-Antwort ist jedoch nur auf die rechtsseitigen Parteien beschränkt. Der Rest der Parteien giebt der Mißbilligung der Wahlrechts-Auffassung des Reichskanzlers unverhohlenen Ausdruck.

Auch dem dahingeschiedenen Reichstags-Präsidenten Grafen Stolberg-Wernigerode werden, längere Artikel gewidmet, in denen seinem langjährigen Wirken volle Würdigung zuteil wird. Alle Blätter, ohne Unterschied der Fraktion, bedauern Stolberg's Tod und zollen seiner streng sachlichen parteilosen Geschäftsführung volle Anerkennung.

— Im Reichstage wurde der sogenannte kleine Toleranzantrag, welcher sich auf freie Religionsübung von Religionsgemeinschaften bezieht und vom Centrum wieder eingebracht worden war, abgelehnt. Die Mehrheit gegen den Antrag belief sich auf zehn Stimmen.

— Das neue deutsche Linienschiff „Nassau", das sich bei seiner Probefahrt Ende Oktober schon durch die erreichte Geschwindigkeit ausgezeichnet hat, ist einer „Feuerprobe" unterzogen worden.

Der auf der Wilhelmshavener Reichswerft erbaute Panzerriese hat sich glänzend bewährt. Scharfe Breitseite-Salven der schweren Artillerie, mit welcher die „Nassau" armiert ist, wurden abgefeuert, ohne daß sich auch nur die geringsten nachteiligen Folgen für das Schiff oder die Geschütze ergaben.

Der Verlauf der Probe hat in den interessierten Kreisen höchste Befriedigung erregt.

Das 18,500 Tonnen-Linienschiff „Nassau", das ein Kapital von 36 Millionen Mark darstellt, übertrifft die bisher größten Linienschiffe der deutschen Flotte von der „Deutschland"-Klasse um ein erhebliches nicht nur in seinen Dimensionen, sondern auch durch seine Armierung. Besonders augenfällig ist die schwere Verstärkung der Artillerie von vier auf zwölf Schnellladekanonen großen Kalibers. Sechs Panzerdrehtürme dieser Geschütze sind auf Deck so aufgestellt, daß sich je zwei an den Breitseiten befinden, sowie je eines am Bug und Heck. Die Mittel-Armierung, zwölf 15 cm. Schnellade-Kanonen, ist nicht wie bei den „Deutschland"-Schiffen einzeln in Panzerdrehtürmen aufgestellt, sondern in gepanzerten Kasematten. Die Antitorpedo-Armierung besteht aus sechzehn 8,8 cm. Schnellade-Kanonen und überdies aus, neu wieder eingeführten, Torpedo-Schutznetzen, die an Spieren um den Schiffskörper gespannt werden.

— In Hofkreisen zirkulieren gegenwärtig allerlei Gerüchte über eine ernste Spannung, die zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen herrschen soll. Bekanntlich hieß es kürzlich, daß der Kaiser seinem ältesten Sohne und künftigen Nachfolger vier Tage Stubenarrest zudiktiert habe, weil derselbe angeblich das Theater des Westens besuchte, ohne sein Kommen, wie es die Etikette vorschreibt, vorher anzumelden. Seitdem soll es zu verschiedenen weiteren scharfen Auseinandersetzungen zwischen Vater und Sohn gekommen sein.

Das gespannte Verhältnis soll, wie man sich erzählt, seinen Grund darin haben, daß der Kronprinz vor einiger Zeit in einer Offiziers-Gesellschaft erklärte, er werde, wenn er einmal zur Regierung gelange, niemals Reden halten, sondern das durch den Kanzler und die Minister besorgen lassen. Diese Aeußerung wurde angeblich dem Kaiser hinterbracht und von dem Monarchen als eine ungehörige Anspielung auf seine eigenen oratorischen Leistungen aufgefaßt.

Was an dieser Geschichte Wahres ist, läßt sich natürlich nicht feststellen. Tatsache ist jedoch, daß der Kaiser und der Kronprinz in ihren Ansichten über die Kunst und den Zweck des Theaters nicht übereinstimmen. Kaiser Wilhelm betrachtet die Schaubühne bekanntlich als einen erzieherischen Faktor und er ist rastlos bemüht, ihren moralischen Einfluß zu heben. Der Kronprinz hingegen schwärmt für die moderne Richtung in der Kunst und Dichtung und glaubt, daß das Theater dieser in allererster Linie dienen sollte. Er besucht das königliche Schauspielhaus nur, wenn er dies bei offiziellen Anlässen nicht vermeiden kann. Sonst boykottiert er die auf Befehl seines Vaters angesetzten Stücke meistens in auffälliger Weise, indem er am gleichen Abend den Aufführungen von Lustspielen oder modernen Sittendramen in Theatern beiwohnt, welche der Kaiser niemals besucht.

Den neuesten Verweis, den der Kronprinz angeblich von seinem Vater erhielt, soll er sich anläßlich des Balles zugezogen haben, den der amerikanische Botschafter Dr. David J. Hill kürzlich zur Einführung seiner Tochter in die Berliner Gesellschaft im Hotel Adlon gab. Bei dieser Festlichkeit soll er angeblich der Stieftochter des russischen Generalkonsuls v. Arzimowitsch allzu auffällige Aufmerksamkeiten erwiesen haben. Er tanzte wiederholt mit der üppigen, zwanzigjährigen Blondine, führte sie zu Tische und unterhielt sich den ganzen Abend hindurch mit ihr. Das wurde von geschäftigen Zungen seiner Gemahlin hinterbracht, und diese soll in einem leisen Anfall von Eifersucht dem Kaiser ihr Leid geklagt haben, mit dem Resultat, daß dieser seinem galanten Sohn den Standpunkt klar machte. Frl. v. Arzimowitsch ist eine geborene Amerikanerin. Ihr Vater war ein reich gewordener Kaufmann namens Jones von San Francisco, aber als ihre Mutter sich in zweiter Ehe mit dem Staatsrat v. Arzimowitsch verheiratete, wurde sie von diesem adoptiert.

— Am nächsten Montag trifft Graf Lexa v. Aehrenthal, der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, in Berlin ein, um den Besuch zu erwidern, den der Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg in Wien gemacht hat. Zu Ehren des Gastes sind im Kanzler-Palais an der Wilhelmstraße glänzende Festlichkeiten geplant. Angesichts der angebahnten Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich mißt man dem Besuche Aehrenthal's beträchtliche politische Bedeutung bei. Jedenfalls wird während seines Verweilens in Berlin die politische Situation eingehend erörtert werden.

— Wie unoffiziell verlautet, beabsichtigt die Hamburg-Amerika-Linie, in nächster Woche der Vulkan-Werft einen Kontrakt für den Bau eines transatlantischen Dampfers von 45,000 bis 50,000 Tonnen Deplacement zu übergeben.

Der neue Ozeanriese soll eine Länge von 800 Fuß und eine Geschwindigkeit von 21 Knoten erhalten.

— Ex-Präsident Roosevelt hat auf eine Anfrage der deutschen Regierung in einer Depesche von Gondokoro, Sudan, dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er voraussichtlich in den Tagen vom 1. bis 11 Mai in Berlin eintreffen werde. Entgegen den hiesigen Erwartungen wird Roosevelt vorher Paris besuchen, und zwar in den letzten Tagen des Monats April.

Da Herr Roosevelt am 15. Mai in London eingeladen ist, wird er einen oder zwei Tage vorher von der deutschen Reichshauptstadt abfahren müssen. Noch ist man nicht schlüssig geworden, in welcher Weise der hervorragende amerikanische Gast hier aufgenommen werden soll.

— Kaiser Wilhelm, welcher wegen einer Erkältung alle für die nächsten beiden Tage angesetzten Audienzen und Besuche absagen ließ, hat sich hinlänglich erholt, um mit der Kaiserin eine Automobilfahrt zu unternehmen.

— Die sozialistischen Wahlrechtsdemonstrationen in den preußischen Provinzen am Sonntag vollzogen sich in aller Stille, und es kam nirgends zu Ausschreitungen. Anscheinend hatte die Polizei von Berlin aus Ordres erhalten, vorsichtig vorzugehen und keine herausfordernde Haltung anzunehmen.

— Das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts" bringt Enthüllungen über angebliche schwere Unregelmäßigkeiten auf der Werft zu Danzig, an deren Spitze Kontre-Admiral Freiherr v. Schimmelmann als Oberwerftdirektor steht. Werftmaterial soll vor der Revision in Eislöchern versenkt worden sein. Der Verwaltung wird vielfache Verschwendung des mit großen Kosten angekauften Materials zum Vorwurf gemacht. Wie es heißt, ist das Reichs-Marineamt mit einer Untersuchung der Angelegenheit beschäftigt.

Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts, Admiral v. Tirpitz, verlas eine Antwort auf die sensationellen Veröffentlichungen. In der Entgegnung heißt es, daß eine sehr strenge Untersuchung, welche auf der Danziger Werft vorgenommen worden sei, die völlige Haltlosigkeit der Enthüllungen des „Vorwärts" ergeben habe.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Budget-Kommission behaupteten trotzdem, daß es mit den Mitteilungen des „Vorwärts" seine Richtigkeit habe. Sie verweigerten es aber hartnäckig, ihre Quellen zu bezeichnen und die Namen ihrer Informatoren anzugeben.

Der „Vorwärts" wartet noch mit einer weiteren Enthüllung auf. Das Blatt behauptet, Graf Zeppelin's Ballonhalle am Bodensee, dessen Errichtung dem Reich nicht weniger als 600,00 Mark Kosten verursacht habe, sei vom „Eroberer der Luft" für den Betrag von 60,000 Mark auf Abbruch verkauft worden. Der Unternehmer, welcher die Halle erworben, baue sie anderwärts auf.

— Dr. Julius v. Waldthausen, welcher unlängst vom Gesandtenposten in Buenos Aires abberufen und an dessen Stelle Dr. Freiherr v. dem Bussche-Haddenhausen ernannt wurde, ist zum Botschafter in Madrid befördert worden. Er wird der Nachfolger des unlängst so plötzlich aus dem Leben geschiedenen Grafen von Tattenbach. Julius v. Waldthausen wurde am 30. Juni 1858 in Essen geboren.

— Eine halbamtliche Depesche an die „Kölnische Zeitung" aus Berlin bestätigt die Meldung, daß die Kaiserin von Abessynien gegen den deutschen Leibarzt Meneliks, Dr. Steinkühler, Beschuldigungen erhoben habe, er hätte versucht, Menelik zu vergiften. Dr. Steinkühler erhielt Weisung, die Hauptstadt Adis Abeba zu verlassen, und der deutsche Gesandte erwirkte sich die Erlaubnis, denselben durch eine Abteilung der Gesandtschaftswache bis zur Landesgrenze geleiten zu lassen.

— Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, der Präsident des Reichstags, ist spät am Samstag Abend aus dem Leben geschieden. Der Tod kam als Erlöser von längerem schweren Siechum, welches den Grafen seit Beginn der Sitzungsperiode verhindert hatte, seines Amtes als Präsident zu walten.

Der Zustand des Patienten hatte sich in den letzten Tagen rasch verschlimmert. Er war schließlich noch in eine Privatklinik gebracht worden. Die unmittelbare Ursache des Todes war Lungenentzündung.

Das Präsidium des Reichstag ist provisorisch durch den Grafen von Schwerin-Löwitz, Führer der Deutschkonservativen, ergänzt worden.

— Die sächsische Regierung hat in der zweiten Kammer der Stände-Versammlung die von den Nationalliberalen, Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten ausgegangenen Anträge auf Reformierung der ersten Kammer abgelehnt. Kaum war dieser Entschluß kundgegeben, als sich ein riesiger Spektakel erhob. Es währte geraume Zeit, bis die Lärmszenen ein Ende erreichten. Die zweite Kammer setzt sich gegenwärtig aus 30 Konservativen, 28 Nationalliberalen, 8 Deutschfreisinnigen und 25 Sozialdemokraten zusammen.

Oesterreich-Ungarn.

— Ministerpräsident Freiherr von Bienerth hat den Führern der Slawischen Union bei den Verhandlungen über die etwaige Umbildung des Kabinetts und das Geschäfts-Programm des Reichsrats eine bedeutsame Mitteilung gemacht. Der Premier erklärte, Kaiser Franz Joseph habe die Rede gelesen, welche der jungtschechische Vorkämpfer Kramarcz in St. Petersburg über die innere Politik Oesterreichs gehalten, und sie in der schärfsten Weise verurteilt.

— Zu einem sensationellen Vorfall, der erst jetzt bekannt geworden ist, soll es vor einigen Tagen in Wien gekommen sein. Unter den Gästen bei einem dort von der Prinzessin von Croy veranstalteten Balle befanden sich der bekannte Klavierviruose Alfred Barry von Brooklyn und die am Wiener Konservatorium studierende Sängerin Lydia Densmore von Boston. Der letzteren wurde von einem der Grafen Esterhazy in so zudringlicher Weise der Hof gemacht, daß sie den Schutz Barry's anrief. Dieser stieß den Grafen von der Seite der jungen Dame weg und erhielt am nächsten Tage eine Forderung zum Zweikampf. Am folgenden Morgen um 5 Uhr fand der Virtuose sich auch richtig auf dem Kampfplatz ein, aber er kam ohne Sekundanten und stürzte sich mit den Worten: „Solche Affären machen wir in Amerika mit den Fäusten aus", auf den Grafen, um ihn mit ein paar wuchtigen Hieben zu Boden zu strecken. Ehe die vor Ueberraschung förmlich gelähmten Sekundanten sich von ihrem Erstaunen erholten, sprang der Pianist wieder in sein Automobil und fuhr davon. So wird die Geschichte wenigstens in der amerikanischen Kolonie in Wien erzählt.

— Die nach Auflösung der ungarischen Verfassungspartei angekündigte Gründung einer neuen liberalen Regierungspartei ist Tatsache geworden. Die Partei hat sich unter dem Namen „Nationale Arbeitspartei" konstituiert.

Der Aufruf des Organisations-Komites an die Wähler des Landes hat namentlich in liberalen Kreisen eine bedeutende Wirkung ausgeübt; die Beteiligung an der neuen Partei ist eine außerordentlich starke.

Nach dem Programm-Entwurf soll die Nationale Arbeitspartei die Harmonie zwischen König und Nation herstellen und praktisch wirken, entgegen der unfruchtbaren, das Land erschütternden Koalition.

Premierminister Graf Khuen-Hedervary hat angesichts dieser Neugestaltung der Verhältnisse das Reformprogramm der Regierung entwickelt. Hiernach soll die Wahlreform auf dem allgemeinen Stimmretch beruhen. Dabei will die Regierung ihre Hauptaufgabe in einer möglichst weitgehenden Ausdehnung des Stimmrechts erblicken und zugleich den nationalen Staatscharakter wahren.

In der Armeefrage wird beabsichtigt, die Forderungen der ehemaligen Liberalen unter dem früheren Tiszaschen Kabinett durchzuführen.

— Im Befinden des auf den Tod darniederliegenden Bürgermeisters Dr. Lueger haben die Aerzte auch heute wieder eine leichte Besserung konstatiert. Trotzdem ist jedoch von einer Hoffnung auf Genesung vorläufig keine Rede und die vorhandene Besorgnis um das Leben des Patienten keineswegs gehoben.

Rußland.

— Das Regierungsorgan „Ruß" bestätigt, daß das neue russische Flottenprogramm eine Ausgabe von 600,000,000 Rubel vorsieht. Es sollen in den nächsten fünf Jahren 12 Dreadnoughts, 20 Topedojäger, 10 schnelle Kreuzer, 40 Transportdampfer und viele Kanonen- und Unterseeboote gebaut werden.

— Die Verwaltung des Uebersiedlerwesens nach Sibirien veröffentlicht soeben die Daten für das Jahr 1909. Sie zeigen, eine wie enorme Aufnahmefähigkeit das riesige Sibirien hat und wie große Länderstrecken für Ackerbau, Viehzucht und Waldwirtschaft geeignet, dort vorhanden sind.

Im Jahre 1909 sind über Tscheljabinsk, die Zentrale der Auswanderer, 688,194 Personen nach Sibirien befördert worden. Um diesen Strom der Uebersiedler in ein geordnetes Bett zu leiten, sind seit langem viele Extrazüge eingestellt worden, in denen besondere Waggons verkehren, die besonders zu diesem Zweck bestellt wurden; im Jahre 1909 verkehrten 1228 derartige Wagen. Im gleichen Jahre wurden im Ganzen für 10,000 Familien zirka 5 Millionen Deßjätinen (1 Deßjätine gleich 109,25 Ar) verteilt, die mit Wald, Wiese und Ackerland vermessen worden waren. Auf jede Familie kamen ungefähr 50 Deßjätinen, was ungefähr 4—5 Deßjätinen pro Seele ausmacht. Zur Untersuchung und Erforschung der Bodenverhältnisse wurden im Jahr 1909 24 Expeditionen, die 400,000 Rubel kosteten, ausgerüstet, um für das nächste Jahr den Landhunger stillen zu können. Wege wurden im letzten Jahre 2503 Werst angelegt, die 2,925,000 Rubel kosteten. 1645 Brunnen wurden gegraben, und die Wasserversorgung von 3½ Millionen Deßjätinen untersucht. Für ärztliche Hilfe sind fast drei Millionen Rubel ausgegeben worden.

Die Landzuteilungs-Kommission hat im verflossenen Jahre als Darlehen für die Uebersiedler zum Anschaffen von Inventar, Saatkorn und dergleichen beinahe 15 Millionen Rubel ausgegeben, und die Nachfrage steigt mit jedem Monat. Auf die einzelnen Familien entfallen 75 bis 100 Rubel. Aus den Lagern landwirtschaftlicher Maschinen und Waren ist an Uebersiedler für 4,200,000 Rubel verkauft worden. Für die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden, wie Schulenbau, Krankenhäuser sind 750,000 Rubel angewiesen worden.

Für das Jahr 1910 hat die Uebersiedelungs-Kommission einen Voranschlag von 26 Millionen Rubel ausgearbeitet, und im Vergleich zu der Masse der Uebersiedler zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse ist die Summe absolut nicht groß, denn den Leuten wird wirklich Vieles und Gutes geboten, so daß eine arbeitsame und sparsame Wirtschaft bei dem fast jungfräulichen Boden nicht nur in einiger Zeit ihre Ausgaben zurückgewinnt, sondern auch bald zu einem gewissen Wohlstande gelangt, von dem sie zu Hause auf dem ausgelogenen Boden und mit der großen Kopfzahl der Familienglieder nicht träumen konnte.

Großbritannien.

— Der Montag brachte mit der formellen Eröffnung des britischen Parlaments durch den König, der Thronrede und deren Besprechung in beiden Häusern, endlich der Entwicklung auf diejenige von seiten des Premiers Asquith insofern Klarheit in die politische Situation, als die Spieler ihre Karten gezeigt haben. Das Endergebnis des Tages ist, daß die Regierung nicht die nötigen Verbündeten hat, um die geplante Gesetzgebung durchzuführen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß vor Ablauf weniger Monate Neuwahlen vor der Tür stehen werden.

Premier Asquith kündigte an, daß das Budget vor der Frage der Beschränkung der Befugnisse des Oberhauses zur Beratung kommen werde, worauf Redmond, der Führer der irischen Nationalisten, schlankweg erklärte, daß seine Partei dieses Programm nicht unterstützen werde. Die Arbeiterpartei hält eine Versammlung ab, um sich über ihre Stellungnahme zu entschließen, und wahrscheinlich wird sie in die Fußstapfen der Iren treten.

Die Regierung mag möglicherweise das Budget zur Annahme bringen, da die Konservativen wahrscheinlich sich herbeilassen werden, für dasselbe zu stimmen, um ein finanzielles Chaos zu vermeiden. Aber, damit wird, wie Redmond es ausdrückte, das Spiel für das Oberhaus gewonnen sein, das dann freie Hand hat, die Vorlage zu seiner Reorganisation zu verwerfen, und neue Wahlen zu erzwingen.

Die Parlamentssitzung am Montag war bedeutsam dadurch, daß erst in der Rede des Premiers die Politik des Kabinetts bekannt gegeben wurde. Redmond und seine irischen Kollegen hatten die Lage in der Hand, und seine Erklärung, daß seine Partei die Politik des Kabinetts nicht unterstützen werde, war die Sensation des Tages und scheint das Schicksal der Regierung zu besiegeln.

Spanien.

— Ex-Präsident Zelaya von Nikaragua traf am Sonntag in Madrid ein.

Zelaya macht die Ver. Staaten und Guatemala für die Ereignisse in Nikaragua verantwortlich, die beide alle bestehenden Verträge verletzt hätten. Die Ver. Staaten hätten es sogar gewagt, unter dem Vorwande, die Interessen ihrer Untertanen zu schützen, Kriegsschiffe mit Truppen nach Nikaragua zu senden. Er sei von der Präsidentschaft zurückgetreten, und habe das Land verlassen, um seinen Nachfolgern nicht im Wege zu sein bei der Wiederherstellung des Friedens, dessen Erhaltung das einzige Ziel seiner Politik gewesen sei. Von jetzt ab werde er den Gang der Ereignisse von Europa aus verfolgen.

— König Alfonso unterzeichnete am Dienstag ein Dekret, durch welches allen politischen Verbrechern ganze oder teilweise Amnestie gewährt wird. Das Dekret betrifft besonders die Revolutionäre von Katalonien.

Frankreich.

— Der marokkanische Gesandte in Paris benachrichtigte am Montag den französischen Minister des Auswärtigen, Pichon, daß er im Besitze eines Schreibens von Sultan Mulai-Hafid sei, in welchem dieser das Abkommen mit Frankreich dem Sultan von Marokko vor einigen Tagen übersandte, und in welchem Ratifizierung des Abkommens über die marokkanische Anleihe innerhalb von 24 Stunden forderte. In dem Abkommen verpflichtet sich Marokko, die aus der Casablanca-Affäre her datierende Kriegsentschädigung und sonstige Entschädigungen in der Gesamthöhe von 12 Millionen Dollars zu bezahlen.

Egypten.

— Der egyptische Premierminister und Minister des Aeußern, Butros Pascha Ghali, ist von einem Studenten durch Revolverschüsse schwer verwundet worden. Der Täter wurde verhaftet.

Der Student hatte fünf Schüsse abgegeben, von denen drei den Minister trafen; zwei der Schüsse verursachten jedoch nur oberflächliche Wunden. Wie Kugeln wurden alsbald entfernt und die Wiederherstellung des Verwundeten gilt so gut wie sicher.

Das Verbrechen ist ein rein politisches, der Attentäter ist Nationalist. Er erklärte, es sei sein Wunsch gewesen, Rache zu üben für verschiedene Maßnahmen der Regierung, für die nach nationalistischer Ansicht Butros Pascha persönlich verantwortlich sein soll.

— Butros Pascha, der Premierminister Egypten, ist den drei Schußwunden, welche ihm von Ibrahim Wardania beigebracht wurden, erlegen.

Der Mörder, ein Führer der Gesellschaft, welche Egyptens Unabhängigkeit durch terroristische Methoden herbeizuführen sucht, vernahme die Nachricht von Brutos' Tod mit aufrichtiger Genugtuung. Er sei gern bereit, das eigene Leben hingeben zu müssen, nachdem es ihm gelungen, einen so gefährlichen Feind des Volkes beseitigt zu haben. Butros' Tod bedeute einen Schritt zur Befreiung Egyptens von der Fremdherrschaft.

Die Behörden haben Papiere beschlagnahmt, aus denen erhellt, daß die Ermordung des Premiers von den Nationalisten sorgfältig geplant wurde. Da man befürchtet, daß ein anti-englischer Aufstand geplant sei, wird das Militär in den Kasernen bereit gehalten.

Ostasien.

— Im japanischen Parlament wurde am Montag eine Vorlage eingereicht, wodurch allen Ausländern verboten wird, Land in Japan zu erwerben, wenn sie nicht Bürger eines Landes sind, welches Japanern gestattet, innerhalb seiner Grenzen Land zu besitzen.

— Nach aus Lhassa in Peking eingelaufenen Meldungen ist in Thibet eine Revolte gegen die Herrschaft Chinas ausgebrochen. Der Aufstand, der bereits einen bedrohlichen Umfang angenommen hat, soll dadurch verursacht worden sein, daß 2000 chinesische Soldaten, die sich in Lhassa, der heiligen Stadt der Thibetaner, befinden, die Klöster geplündert und die Tempel geschändet haben.

Vereinigte Staaten.

— Im Marine-Departement hat man alle Hoffnung aufgegeben, daß der Bundes-Marine-Schlepper Nina, der am 6. Februar von Norfolk mit 32 Mann Besatzung nach Boston abfuhr, gefunden werden kann. Die Kriegsschiffe, welche seit fünf Tagen unaufhörlich Nachforschungen anstellten, erhielten jetzt den Befehl, dieselben einzustellen.

Einige der jüngeren Marine-Offiziere, die genau solche Schiffe wie die „Nina" befehligten, hegen allerdings immer noch die Hoffnung, daß sie weit in die See hinausgetrieben wurde und von transatlantischen Dampfern gesichtet wird. Das Marine-Departement wird noch eine gewisse Zeit warten, ehe der Tod der 32 Mann offiziell gebucht wird. Von dem Tage der Eintragung an erhalten die Frauen und abhängigen Verwandten der vermißten Seeleute sechs Monate lang deren Sold, wie ein kürzlich vom Kongreß angenommenes Gesetz bestimmt. Damit schließt das traurige Kapitel.

— Lupo, „der Wolf", Haupt der „Schwarzen Hand" in Amerika, Giuseppe Morello, Haupt einer sizilianischen Falschmünzerbande in den Ver. Staaten, und sechs ihrer Genossen wurden der Falschmünzerei schuldig befunden und zu längeren Haftstrafen bei schwerer Arbeit im Bundesgefängnis zu Atlanta, Georgia, verurteilt. Die Haftzeit beträgt von 15 Jahren und einer Geldbuße von $1000 bis zu 30 Jahren und einer Geldbuße von $1000. Lupo erwies sich nicht als Wolf während der Ansprache seines Anwaltes an die Geschworenen, denn er flehte wie ein Kind, und als das Urteil gesprochen war, mußte er aus dem Saal geführt werden. Caliechio brach zusammen und mußte von Beamten am Stürzen gehindert werden. Er schluchzte fortwährend: „Ungerecht, Ungerecht!" Morello fiel in Ohnmacht und Krämpfe. Alle anderen heulten.

— Erbittert über die Verhaftung des Streikführers und nationalen Organisators Pratt am Montag Abend, erklärte die Central Labor Union von Philadelphia am Dienstag Vormittag einen Generalstreik sämtlicher Arbeiter-Gewerkschaften in der Stadt, um ihre Sympathie mit den streikenden Straßenbahnangestellten kundzutun. Die Führer der Central Labor Union erklären, sie haben eine Mitgliedschaft von 100,000, aber ob alle Arbeiter der Streikordre gehorchen werden, läßt sich noch nicht sagen. Am Dienstag, als an Washingtons Geburtstag, standen die meisten Fabriken und Geschäfte sowieso still, und erst am Mittwoch kann sich zeigen, wieviele Leute auf die Streikordre reagieren werden. Einige der mit der Central Union affiliierten Gewerkschaften sind im Prinzip gegen jeden Sympathiestreik, andere wollen nicht ihr Abkommen mit den Arbeitgebern brechen, aber die radikalen Führer erklären, daß die Ordre im Großen und Ganzen Beachtung finden wird. Die Central Labor Union setzt sich aus dreihundert Delegaten zusammen, welche etwa hundert verschiedene Gewerkschaften vertreten. Die Arbeiterführer halten Konferenzen ab, um zu besprechen, wann der Generalstreik in Kraft treten soll. Wenn der Industriekrieg wirklich beginnen sollte, so würden nicht nur die meisten Geschäfte in Philadelphia zum Stillstand kommen, sondern auch andere Städte würden die Folgen spüren.

The Regina Lumber & Supply Co., Ltd.

Aeltestes Bauholzgeschäft in der Provinz Saskatchewan.

Händler in allen Arten von Holz, Latten, Schindeln, Fensterrahmen, Türen, Fenstern und Verzierungen, Kalk, Ziegel, Cement, Kohle und allgemeine Baumaterialien.

Office, Warenhaus und Lager an Dewdney Str., östlich vom Elektrizitäts-Werk.

Unser Motto: Nur bestes Material. Gute Bedienung. Ein Preis für Alle.

Imperial Bank of Canada.

Autorisiertes Kapital	$10,000,000
Eingezahltes Kapital	$ 5,000,000
Reserve-Fond	$ 5,000,000

Zweigbanken in Saskatchewan.

Balgonie, Broadview, Hague, Moose Jaw, North Battleford, Saskatoon, Wilkie. Desgleichen in allen Hauptorten Canadas.

Sparbank-Abteilung.

Zinsen bezahlt auf Depositen vom Tage der Eintragung an und halbjährlich zum Kapital zugerechnet.

J. A. Wetmore, Mgr., Regina Zweig.

UNION BANK OF CANADA

Gegründet 1865

Totalbestand 30. Oktober 1909 über $42,000,000

Ein Spar-Konto hilft.

Die Anlage eines Spar-Kontos in der Union Bank macht es leichter zu sparen. Es wird Euch zur Gewohnheit, mehr oder weniger regelmäßig, kleine Geldsummen zu hinterlegen, die sonst schnell ausgegeben sein würden. Am Ende des Jahres, mit hinzugefügten Zinsen, habt Ihr ein ziemliches Guthaben und Ihr habt die Einlagen kaum vermißt. Ein Spar-Konto in der Union Bank ist eine Reserve, die für mögliche Krankheit oder finanzielle Verluste versorgen soll. Warum nicht gleich eins anlegen?

Regina Zweig, ... B. B. Carter, Manager.

Pense Zweig ..... J. J. Griffin, Manager.

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt hiermit den Saskatchewan Courier

für ein Jahr .....

Name: .....

Datum .....

Post-Office .....

Saskatchewan Courier Publ. Co., Regina.